

### Budgetausschuß.

Der Budgetausschuß, über dessen Sitzung wir im Abendblatt berichteten, setzte seine Verhandlungen fort.

Handelsminister Dr. Freiherr v. Wieser erörtert die Grundzüge des Generalkommissariats für Kriegs- und Übergangswirtschaft. Mehr denn je werde nach dem Kriege der freien Initiative Raum gegeben werden müssen. Wenn sich auch der wirtschaftlichen Betätigung zum Teil ganz neue Bahnen eröffnen werden, so werden wir den freien Unternehmungsgest nicht vermissen können, insbesondere für den Gewerbestand werde das Handelsministerium mit aller Kraft eintreten. Das Handelsministerium war es auch, von dem die Richtlinien für die Gesetzesvorlage über die Bildung eines gewerblichen Kredit- und Hilfsfonds festgesetzt wurden.

#### Der Wert von Trieste.

Eine der vornehmsten Aufgaben des Handelsministeriums nach dem Friedensschluß werde es sein, die Schäden zu heilen, die unser wichtigstes Handelsemporium Trieste erlitten habe. Der Wert Triests, das mit unermesslichen Opfern gehalten wurde, wurde erst im Kriege in seiner ganzen Größe empfunden, und im Frieden wird dieser Wert um so weniger verkannt werden.

Uebergehend zu den Erörterungen, die die Seeschiffahrt im Ausschuß gefunden habe, verweist der Minister darauf, daß die Schiffsverluste unserer Handelsflotte im Kriege glücklicherweise verhältnismäßig gering seien und daß wir uns diesfalls in einer besseren Situation befinden als die meisten kriegführenden Staaten. Der Minister erörtert in diesem Zusammenhang die Frage der im Kriege vollzogenen Schiffsverkäufe.

Nachdem der Minister noch über die Entschädigungsansprüche infolge des Unterganges des Lloydsschiffes „Baron Gautsch“ gesprochen hatte, wendet er sich der Erörterung der Fragen der Seefischerei zu. Bei Erörterung der Binnenschiffahrt bespricht der Minister zunächst die Fragen unserer Donauschiffahrt und verweist darauf, in welcher hohem Maße gerade der Krieg die Wichtigkeit des Donauweges dargetan habe. Im Zusammenhang mit der Hebung unserer Schiffahrt auf der Donau stehe die Frage der Binnenkanäle, die in ein neues Licht gerückt worden sei und von der Tagesordnung nicht mehr verschwinden werde. Der Minister betont das lebhafteste Interesse, das das Handelsministerium dieser Frage entgegenbringe.

#### Die Handelshochschulen.

Der Frage der Errichtung von Handelshochschulen sich zuwendend, verweist der Minister darauf, daß sich bei der Behandlung dieser Frage in der Öffentlichkeit zwei Meinungen gegenüberstehen, von denen die eine den größten Wert auf die akademische Ausbildung unseres Kaufmannstandes lege. Das Handelsressort habe im Einvernehmen mit dem Unterrichtsministerium sich bisher nicht veranlaßt gesehen, den Wünschen nach Verleihung des Hochschulcharakters an die Exportakademie Rechnung zu tragen, da diese Schule bei aller Fürsorge für die Entwicklung der Handelswissenschaften auf eine gründliche praktische Ausbildung der Hörer den Hauptwert lege.

Unsere Wirtschaft nach dem Kriege werde auf die Initiative und Tüchtigkeit der in Handel und Industrie tätigen Faktoren aufgebaut sein. Die Periode wirtschaftlichen Aufschwunges, in der wir

uns vor dem Kriege befunden haben, hätte in dieser Beziehung erfreuliche Beweise der Leistungsfähigkeit unserer produzierenden Stände gegeben. Durch den Krieg haben wir vieles gelernt.

Der Minister wendet sich sodann der Besprechung der Beschwerden über die Postverhältnisse zu und erörtert die außerordentlichen Schwierigkeiten, mit denen die Postverwaltung infolge der enormen Verkehrszunahme und des Personalmangels zu kämpfen habe.

#### Das Versagen der Post.

Generalpostdirektor Sektionschef Dr. v. Wagner-Jauregg muß zugeben, daß das Bild, das sich in bezug auf die Lage der Postanstalt im vierten Kriegsjahr ergibt, im allgemeinen ein ungünstiges sei. Hierfür könne allerdings das Personal, mit dem die Postanstalt in den Dienst getreten sei, schlechterdings nicht verantwortlich gemacht werden. Die Gründe, die an der allmählichen Verschlechterung der Postverhältnisse schuld sind, seien folgende: die Verminderung des Personals und der Betriebsmittel, der rasche Wechsel der Betriebsvorschriften und die Verkehrssteigerung. Die Reduktion des Personals infolge des Einrückens zur Truppe und infolge der Abgabe von Personal an das Heer für Zwecke des Heeres betrage mehr als ein Drittel des Friedensstandes der Postanstalt. Hierzu komme nun die Verminderung der Leistungsfähigkeit infolge der bekannten wirtschaftlichen und Ernährungsverhältnisse sowie die zum Teile mindere Qualität des uneingeschulten Ersatzpersonals. Eine große Schwierigkeit liege auch in der großen Anzahl neuer Betriebsvorschriften infolge des Krieges, der Einführung des Feldpostverkehrs und des Postverkehrs der Kriegsgefangenen und Internierten, infolge der Schwankung der Valuta beim internationalen Geldanweisungsdienst, infolge der Einführung von militärischen Besurmmungsregeln usw. Zu all dem komme aber eine ganz kolossale Verkehrssteigerung.

Nedner bespricht dann auch die vielfach beklagte Unsicherheit bei der Post und die Postdiebstähle; er verweist insbesondere darauf, daß eine sehr große Anzahl von Verlusten an Paketen auf Momente zurückzuführen sei, für die die österreichische Postverwaltung nicht verantwortlich gemacht werden könne.

#### Die Arbeitsverhältnisse bei der Postsparkasse.

Glückel (deutscher Sozialdemokrat) verweist darauf, daß die Arbeitsleistung der Angestellten der Postsparkassen eine außerordentlich hohe ist. Durch die Arbeiten für die Kriegsankäufe, durch die Verwendung für militärische Zwecke ist eine wesentliche Steigerung der Arbeitsleistung eingetreten. Der Personalmangel bewirkt, daß Ueberstunden in einem Ausmaß angeordnet werden, daß die körperliche Gesundheit und die geistige Leistungsfähigkeit wesentlich herabgesetzt werden. Die Angestellten leiden unter den allgemeinen Erschönungen der Unternerührung, aber auch unter den Uebelständen, die sich aus der Natur des Postsparkassendienstes ergeben. Der ungleiche, stoßweise Einlauf bedinge eine ungleich starke Arbeitsleistung, um so notwendiger sei es, durch Entgegenkommen gegenüber der Beamtenschaft und Berücksichtigung ihrer berechtigten Wünsche die Arbeitsbedingungen günstiger zu gestalten. Nedner bringt einen Antrag ein, der auf die Abklärung verschiedener Uebelstände in Postsparkassen abzielt.

Dr. Dellinger (deutschnational) stellt eine Resolution betreffend die Stabilisierung der Ranzleigehtissen und die Aufhebung des sogenannten Kündigungsparagraphe, betreffend die Vergütung der durch den Untergang des Schiffes „Baron Gautsch“ entstandenen Schäden durch den österreichischen Lloyd und betreffend die Erhöhung der Provision beim Verkauf der Postwertzeichen auf drei Prozent.

Gouverneur der Postsparkasse Dr. v. Schuster weist darauf hin, daß die Folgen des Krieges auch an der Postsparkasse nicht spurlos vorübergehen konnten. Das männliche qualifizierte Personal ist durch die Einberufungen um mehr als dreihundert Beamte vermindert worden. Dieser Ausfall mußte durch Aufnahme weiblicher Hilfskräfte gedeckt werden. Es werde alles getan, das Personal nach Kräften weiter zu vermehren. Die Arbeitslast des Postsparkassendienstes ist in der Tat durch die Kriegsankäufe und die damit zusammenhängenden Arbeiten gesteigert worden. Es ist der opferwilligen Haltung des Personals zu danken, daß diese gesteigerte Arbeitslast bisher anstandslos bewältigt werden konnte. Jeder Bedienstete fühlt sich solidarisch mit dem Ruf der Postsparkasse. Die Ueberstunden haben, wie Abg. Glöckel hervorgehoben hat, ihre Ursache in der Ungleichmäßigkeit der Einläufe. Das Personal muß auf den Durchschnitt abgestellt werden, und wenn die Einläufe stark sind, kann die Aufarbeitung nur durch Zuhilfenahme von Ueberstunden erfolgen. Die Institution der Ueberstunden an sich ist kein Ideal, sondern ein unvermeidlicher Notbehelf. Ununterbrochene Permanenzen durch längere Zeit finden nicht statt, sondern es sind gewisse Unterbrechungen vorgeschrieben. Dem Personal werden regelmäßige Arbeitspausen, sogenannte Frühstücks-pausen, gewährt und Sonntags ruht der Dienst fast immer vollständig.

Smrcek (tschechischer Staatsrechtler) bespricht eingehend die Notwendigkeit einer besseren Ausbeutung der reichen Naturschätze des Reiches.

Verichterstatter Senfer stellt folgende Anträge:

1. Zur schleunigsten Inangriffnahme der unerlässlichen Arbeiten und Vorarbeiten für die Übergangswirtschaft wird der Regierung ein außerordentlicher Kredit von 50 Millionen Kronen zum 11. Abschnitt des Staatsvoranschlages (Handelsministerium) bewilligt.
2. Der Oberste Rechnungshof wird beauftragt, in Ausübung des ihm eingeräumten Rechtes die Rechnungen der Zentralen ständig zu prüfen und dem Abgeordnetenhaus über das Ergebnis dieser Prüfung halbjährig Bericht zu erstatten.
3. Die Regierung wird aufgefordert, ausländische Forderungen der Exporteure im Wege der Versicherung unter Uebernahme eines gewissen Risikos seitens des Staates zu diskontieren.